



# Aufruf von europäischen Gewerkschaften: Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel!

Brüssel, 19. Januar 2025

Zu Händen von:

**Kaja Kallas**, Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission,

**Ursula von der Leyen**, Präsidentin der Europäischen Kommission,

**Maroš Šefčovič**, Kommissar für Handel und wirtschaftliche Sicherheit

Betreff: Aufruf von europäischen Gewerkschaften:

Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel!

Wir, die unterzeichnenden europäischen Gewerkschaftsorganisationen, fordern die Europäische Kommission auf, die Einhaltung von Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel durch die israelische Regierung zu überprüfen.

Wir fordern die Kommission nachdrücklich auf, ihrer Verantwortung als „Hüterin des Vertrags“ nachzukommen, indem sie dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs und gemäß den Ersuchen der Regierungen Irlands und Spaniens vom Februar 2024 dem Rat angemessene Maßnahmen empfiehlt, um die schwerwiegenden Verstöße der israelischen Regierung gegen das humanitäre Völkerrecht in den letzten 15 Monaten zu ahnden.

Seit Oktober 2023 wurden nach [Angaben der Vereinten Nationen](#) über [46.000 Palästinenser in Gaza](#) getötet, mindestens 10.000 weitere werden vermisst oder befinden sich unter den Trümmern. Fast die gesamte Bevölkerung wurde vertrieben, viele davon mehrmals, und viele sind an Infektionskrankheiten gestorben, die durch die sich verschlechternden Bedingungen verursacht wurden. Öffentliche Versorgungsleistungen wie Gesundheitswesen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung wurden stark zerstört, und [über 80 Prozent der Schulen und Universitäten](#) wurden vernichtet oder beschädigt. Hunderte weitere Menschen sind infolge der jüngsten Eskalation im Norden des Gazastreifens gestorben, unter anderem durch die Zwangsumsiedlung von Palästinensern und die Verweigerung humanitärer Hilfe, und Hunderttausende weitere sind in Gefahr. Darüber hinaus verbietet Israel dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) – dem größten Anbieter humanitärer Hilfe für die palästinensische Bevölkerung des Landes – die Einreise.

Die UN-Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass Israel mit seinen gnadenlosen und vorsätzlichen Angriffen auf medizinisches Personal und Einrichtungen in Gaza Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Massenvernichtung begangen hat.

Der Internationale Gerichtshof wies in seinem [Gutachten](#) auf die rechtlichen Konsequenzen hin, die für Staaten und internationale Organisationen gelten, einschließlich der Pflicht zur Nichtanerkennung, Nichtunterstützung sowie zur Zusammenarbeit mit rechtmäßigen Mitteln, um die damit verbundenen Verstöße zu beenden.

In dieser Zeit hat die israelische Regierung die größte Eskalation im Westjordanland seit 2002 eingeleitet, die zum Tod von über 700 Palästinensern und zur Inhaftierung von 10.900 Menschen geführt hat. Etwa 1.800 palästinensische Häuser und andere Gebäude wurden zerstört, und es gab eine erhebliche Zunahme von Angriffen durch Siedler, wie im [Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation \(ILO\)](#) festgestellt wurde. Israel hat seine Angriffe ebenfalls auf den Libanon ausgeweitet, wobei weit über 1.000 Menschen getötet und mehr als eine Million vertrieben wurden.

Gewerkschaftsmitglieder sind besonders von den immer brutaleren Aktionen des Staates Israel betroffen, darunter auch die gezielte Tötung von medizinischem Personal, Helfern und Journalisten. Mehr als 1.000 Mitarbeiter des Gesundheitswesens und 318 Helfer wurden [in Gaza getötet](#), darunter 235 UN-Mitarbeiter.

In sieben Monaten wurden 200 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet – das übersteigt die Gesamtzahl der in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit pro Jahr getöteten Helfer.

Unter den mehr als 130 getöteten Medienmitarbeitern und Journalisten gibt es [31 glaubwürdige Fälle](#), in denen genügend Informationen vorliegen, um zu bestätigen, dass die Journalisten aufgrund ihres Berufs direkt angegriffen wurden.

In den letzten 12 Monaten hat der UN-Sicherheitsrat vier Resolutionen zu Gaza verabschiedet, darunter eine, in der ein Waffenstillstand gefordert wird, und der Internationale Gerichtshof (IGH) hat drei [verbindliche Urteile](#) erlassen, in denen dringende Maßnahmen aufgeführt sind, die die israelischen Behörden ergrei-

fen sollten, um der [Gefahr eines Völkermords](#) bei ihren Militäroperationen in Gaza vorzubeugen. Der IGH hat außerdem ein [Gutachten](#) herausgegeben, in dem festgestellt wird, dass die Besetzung und Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel illegal ist und Israel für Rassentrennung und Apartheid gegen die Palästinenser verantwortlich ist. Außerdem wird eine lange Liste von Missbräuchen und Verstößen gegen das Völkerrecht durch israelische Behörden aufgeführt. Die Urteile des IGH stehen im Einklang mit den Beweisen für sehr schwere Verbrechen israelischer Behörden, die vom [UN-Generalsekretär](#), einer [UN-Untersuchungskommission](#), [UN-Experten](#) und zahlreichen Nichtregierungsorganisationen vorgelegt wurden. Die israelischen Behörden haben sich weitgehend über diese Urteile hinweggesetzt. Sie setzen weiterhin [den Hungertod als Kriegswaffe](#) ein und verhängen willkürliche und belastende Beschränkungen für die Einreise und Verteilung dringend benötigter humanitärer Hilfe im gesamten Gazastreifen.

Die EU-Gesandten selbst forderten internationalen Druck, um die Massendeportationen zu stoppen und betonten die Notwendigkeit der Rechenschaftspflicht. Eine Reihe europäischer Diplomaten, darunter auch der [Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik](#), äußerten kürzlich ihre Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in Palästina. Wir fordern die Kommission auf, entsprechend zu handeln.

Abgesehen von Erklärungen, in denen eine Deeskalation gefordert wird, haben die EU und die internationale Gemeinschaft fast nichts unternommen, um den Verstößen der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht und die Rechte der Palästinenser entgegenzutreten. Die EU muss als größter Handelspartner Israels den Worten Taten folgen lassen und die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft ziehen.

Die Achtung der Menschenrechte ist ein „wesentlicher Bestandteil“ der EU-Assoziierungsabkommen mit Partnerländern, einschließlich Israel. Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge hat die Verantwortung dafür zu sorgen, dass das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel unter Einhaltung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze durchgeführt wird. Die Untätigkeit der Europäischen Kommission in dieser Hinsicht steht im Widerspruch zu den rechtsverbindlichen Verpflichtungen, wie sie im Gutachten des IGH mit der Bekräftigung der völkerrechtlichen Verpflichtungen definiert werden.

Daher fordern wir, dass die Europäische Kommission ihrer Pflicht nachkommt, indem sie das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel überprüft

und dem Rat die Aussetzung des Vertrags empfiehlt, da Israel gegen Artikel 2 verstößt, was auch vom Internationalen Gerichtshof und von anderen relevanten Gremien der Vereinten Nationen bestätigt wurde.

Darüber hinaus fordern wir die europäischen Länder auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen, die Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die sich aus Israels Verstößen gegen zwingende Normen ergibt, nicht zu unterstützen, indem sie unter anderem den Handel mit israelischen Siedlungen einstellen und die Lieferung von militärischer Ausrüstung sowie den Waffentransfer über ihr Hoheitsgebiet aussetzen.

#### **Unterzeichnende Organisationen:**

European Trade Union Network for Justice in Palestine  
**Belgien:**

ABVV-FGTB, La Centrale Générale-FGTB,  
ACV-CSC, FGTB Wallonne,  
MWB-FGTB, FGTB-Jeunes

#### **Frankreich:**

CGT, CFTD, FILPAC-CGT,  
Fédération Syndicale Unitaire (FSU),  
La Fédération Nationale des Mines et de l'énergie –  
FNME-CGT, CGT des Services publics,  
Fédération Nationale des Salariés de la Construction  
du Bois et de l'Ameublement CGT,  
Union syndicale Solidaires

#### **Irland:**

Irish Congress of Trade Unions, Fórsa,  
SIPTU (Services Industrial Professional Technical  
Union), INTO (Irish National Teachers Organisation),  
INMO (The Irish Nurses and Midwives Organisation),  
Craigavon Trades Council,  
Dundee Trades Union Council,

#### **Italien:**

FIOM-CGIL

#### **Niederlanden:**

MENA Working Group FNV,  
Palestinian Workers' Association Netherlands,

#### **Norwegen:**

The Norwegian Union of Municipal and General  
Employees - Fagforbundet,  
Norwegian Trade Union of Commerce and Office  
employees,

#### **Spanien:**

STACYL (Sindicato de Trabajadoras y Trabajadores  
de la Administración de Castilla y León),  
Colectivo Unitario de Trabajadores,  
Confederación Intersindical,  
SAT (Sindicato Andaluz de Trabajadores),  
USTEA (Unión de Sindicatos de Trabajadoras y  
Trabajadores En Andalucía), LAB (Basque Country),  
ELA (Basque Country), CIG (Galicia)

[http://www.etun-palestine.org/site/wp-content/uploads/2025/01/TU-call-to-suspend-EU-IAA\\_EN-2.pdf](http://www.etun-palestine.org/site/wp-content/uploads/2025/01/TU-call-to-suspend-EU-IAA_EN-2.pdf)

Übersetzung: SiG-Redaktion, 7.2.2025 - <https://www.sand-im-getriebe.org/>; Übersetzung von erwähnten UN-Dokumenten: <https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroeffentlichungen-zum-thema-israel-palastina>